



Presseschau vom 28.07.2021

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

Nikolaj Jolkin: Waffenstillstand im Südosten der Ukraine: Wie lange noch? – Expertenmeinungen

Seit einem Jahr herrscht im Südosten der Ukraine ein Waffenstillstand, der laut Alexander Kamkin vom Europa-Institut in Moskau ein relativ friedliches Dasein in der Region gewährleistet. Obwohl auf beiden Seiten immer wieder Verstöße gegen die Waffenruhe vorkommen, ist die militärische Konfrontation entschärft worden. ...

<https://snanews.de/20210727/waffenstillstand-ukraine-expertenmeinungen-2990793.html>

de.rt.com: Russlands Premier besucht Kurilen und kündigt Freihandelszone an – Japan bestellt Botschafter ein

Russlands Premier Mischustin hat die Kurilen-Insel Iturup besucht und die Einrichtung einer Freihandelszone mit bedeutenden Vergünstigungen und Infrastrukturprojekten angekündigt – etwa die Energieversorgung mit Flüssigerdgas. Tokio bestellte sogleich den russischen Botschafter ein. ...

<https://kurz.rt.com/2llf>

de.rt.com: Erstes sowjetisches Atom-U-Boot geht auf seine letzte Fahrt

Das allererste atomgetriebene U-Boot der Sowjetunion soll Teil des Marinemuseums von Kronstadt werden. Die K-3 war mit ihrer Indienststellung 1958 der Prototyp für Projekt 627

und blieb bis 1991 Teil der sowjetischen Marine. In einer Werft bei Murmansk wird das U-Boot für den Transport vorbereitet. ...

<https://kurz.rt.com/2ln3>

Dagmar Henn: Das Kaspar-Hauser-Jahr: Corona-Maßnahmen und Menschlichkeit

Seit über einem Jahr leben wir nun mit Masken und in "sozialer Distanz". Manche Folgeschäden sind bereits sichtbar. Diese Maßnahmen greifen tief ein in Verhaltensweisen und Bedürfnisse, die uns als Menschen ausmachen. Auf Dauer stellen sie die Menschlichkeit selbst infrage. ...

<https://kurz.rt.com/2lmp>

de.rt.com: Russisches Paar bietet sich als Kronzeugen des MH17-Abschusses an

Niederländische Medien berichten über ein asylsuchendes Paar aus Russland, das behauptet, von den Einzelheiten des MH17-Abschusses gewusst zu haben. Doch die Geschichte kommt vielen äußerst unglaubwürdig vor – selbst niederländischen Migrationsbehörden. ...

<https://kurz.rt.com/2ln7>

de.rt.com: Informationen über US-Drohnenprogramm unter Obama lanciert: Ex-NSA-Analyst muss ins Gefängnis

Ein ehemaliger Analyst des US-Geheimdienstes NSA, der in Afghanistan diente, wurde zu 45 Monaten Gefängnis verurteilt. Er hatte Informationen über ein geheimes militärisches Tötungsprogramm der USA unter der Obama-Regierung weitergegeben. ...

<https://kurz.rt.com/2lp9>

abends/nachts:

de.rt.com: Burundi verbietet Export Seltener Erden im Streit mit westlichen Bergbaufirmen

Viele afrikanische Staaten sind vom Export von Rohstoffen abhängig. Die Bergwerke werden oft von privaten westlichen Unternehmen betrieben. Ein Kritikpunkt afrikanischer Regierungen ist, dass die Profite aus dem lukrativen Geschäft nicht gerecht verteilt werden. Die Regierung des afrikanischen Staates Burundi hat beschlossen, die Ausfuhr von international stark nachgefragten Seltenerdmetallen so lange zu stoppen, bis die Bergbauunternehmen die Gewinne gerechter mit dem verarmten Land teilen. Ibrahim Uwizeye, der burundische Minister für Wasser, Energie und Mineralien, erklärte laut AFP in einem Schreiben an die im Land tätigen Bergbaufirmen, das der Agentur vorlag: "Der Staat, dem der Boden und die Mineralien gehören, macht nicht so viel Gewinn, wie er sollte."

Uwizeye bezeichnete die Abkommen als "unausgewogen" und schrieb:

"Wir wollen alle diese Abkommen zum Wohle des Volkes neu verhandeln, da diese Mineralien zur Finanzierung der Entwicklung des Landes verwendet werden müssen."

Der Nachrichtenagentur Xinhua erklärte Uwizeye weiter, dass er die Unternehmen bereits im April aufgefordert habe, den Export von Mineralien einzustellen; nun habe er sie gebeten, den Abbau ganz einzustellen, bis die Frage der Gewinne geklärt sei:

"Ich habe die Eigentümer der Bergbauunternehmen aufgefordert, neue Bedingungen auszuhandeln, die ihnen und dem burundischen Volk zugutekommen."

Er erwarte eine "gleichberechtigte Aufteilung" des Reichtums des zentralafrikanischen Landes.

Der burundische Minister erklärte der türkischen Agentur Anadolu:

"Wir wollen all diese Vereinbarungen zum Nutzen der burundischen Bevölkerung neu verhandeln, die auf diese Mineralien angewiesen ist, um die Entwicklung des Landes zu

finanzieren."

Laut Anadolu rechnet Burundi im Steuerjahr 2021 mit Einnahmen von nur 1,5 Millionen Dollar aus dem Bergbau.

Obwohl der Bergbau keinen großen Teil der burundischen Innenwirtschaft ausmacht, stellt er einen Großteil der Exporte des Landes und seine größte Devisenquelle dar. Im Jahr 2019 entfiel fast die Hälfte der Exporte des Landes auf Gold im Wert von 137 Millionen Dollar. In jüngster Zeit hat sich der Abbau Seltener Erden zu einer wichtigen potenziellen Reichtumsquelle entwickelt.

Ein im Jahr 2017 vorgestellter Entwicklungsplan für die nächsten zehn Jahre sieht eine Ausweitung des Bergbaus um bis zu 47 Prozent vor, was zu einem Wirtschaftswachstum von bis zu 10,7 Prozent führen würde.

Das derzeit einzige funktionsfähige Bergwerk in Afrika für Seltene Erden, eine Gruppe von 17 Metallen, die oft zusammen vorkommen, ist das Garaka-Projekt im Westen Burundis, das von Rainbow Rare Earths, einem Unternehmen aus dem Vereinigten Königreich, betrieben wird.

Im Jahr 2015 hatte Rainbow eine 25-jährige Bergbaulizenz für ein 39 Quadratkilometer großes Grundstück erhalten. Die burundische Regierung hält zehn Prozent der Anteile an dem Joint Venture. Das Unternehmen begann Ende 2017 mit dem Export. Im Jahr 2018 wurden 1.000 Tonnen seltener Erde exportiert, womit es nach Angaben eines US-amerikanischen Instituts der neuntgrößte Exporteur der Welt in jenem Jahr war.

Die sogenannten Seltenen Erden sind in der Erdkruste eigentlich gar nicht selten, jedoch ist ihre Verarbeitung teuer, und es bestehen erhebliche Risiken aufgrund von giftigen Substanzen. Das macht sie wertvoll. Seltene Erden werden für alles Mögliche verwendet, von der Herstellung leistungsstarker Magnete bis hin zu Katalysatoren in Autos und für die Herstellung von Elektronik.

Die Vorkommen Seltener Erden in Burundi gehören laut Rainbow zu den hochwertigsten der Welt, vor allem weil die Erze so gut wie kein Uran enthalten, was die Sicherheit der Verarbeitung erheblich erhöht und die Kosten senkt.

Ein anderes Unternehmen, African Mining Burundi, erhielt 2018 eine Lizenz für den Abbau von Gold an neun Standorten in Burundi. Die Regierung hatte einen Anteil von 15 Prozent an dem Unternehmen erworben, wie Bloomberg damals berichtete.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.07/article/60ffee11b480cc56017dad90.JPG>

snanews.de: **Libyscher Milizchef al-Kani in Bengasi erschossen**

Der mit US-Sanktionen belegte Führer der libyschen Kaniyat-Miliz, Mohammed al-Kani, ist bei einer Operation der Libyschen Nationalarmee (LNA) in Bengasi erschossen worden, meldet AP.

Demnach hatte eine Einheit der LNA am Dienstagmorgen versucht, al-Kani in seinem Haus im Osten von Bengasi festzunehmen. Gegen al-Kani waren Haftbefehle wegen Gesetzesverstößen erlassen worden. Der Milizchef habe Widerstand geleistet und das Feuer eröffnet und sei erschossen worden, hieß es.

Im November hatten die USA Sanktionen gegen die libysche Kaniyat-Miliz und deren Führer al-Kani verhängt. Libysche Offizielle und die USA machen al-Kani für die Tötung von Zivilisten durch die Kaniyat-Miliz verantwortlich, die im vergangenen Jahr in Massengräbern in Tarhuna entdeckt wurden.

Im Mai 2021 hat Großbritannien Sanktionen gegen die Kaniyat-Miliz und ihre Führungspersonen verhängt. Die Sanktionen wurden in Übereinstimmung mit dem sogenannten Magnitsky-Act gegen die Personen eingeführt, die nach Ansicht der USA gegen die Menschenrechte verstoßen hätten.



https://cdn.snaneews.de/img/07e5/06/17/2599760_0:0:3264:1836_1920x0_80_0_0_8a062133ab78e4855920d3cf8011f10e.jpg

vormittags:

sputnik.by: **Minsk hofft, dass hinsichtlich der US-Sanktionen der gesunde Menschenverstand durchsetzt**

Der Leiter der belarussischen UN-Mission sagte auch, dass die Behörden des Landes darauf reagieren würden, dass sich mehrere ständige Vertretungen der Organisation mit Swetlana Tichanowskaja getroffen haben.

Die belarussischen Behörden erwarten, dass Washington über Sanktionen gegen Minsk auf der Grundlage eines Gesprächs mit den offiziellen Behörden und nicht mit der Oppositionsführerin Swetlana Tichanowskaja entscheidet, sagte Valentin Rybakow, der Ständige Vertreter von Belarus bei den Vereinten Nationen, gegenüber RIA Novosti.

"Wir hoffen, dass Washington solche Entscheidungen auf der Grundlage eines Gesprächs, zunächst mit Vertretern des offiziellen Minsk, sorgfältig trifft. Ich hoffe wirklich, dass sich der gesunde Menschenverstand durchsetzt", sagte Rybakow.

Tichanowskaja ist seit dem 18. Juli in den USA, in Washington hielt sie mehrere Treffen ab, bei denen sie die Verhängung neuer Sanktionen gegen Beamte in Minsk zur Sprache brachte.

"Um ernsthafte Entscheidungen zu treffen, die die bilateralen Beziehungen radikal beeinflussen, müssen Sie beiden Seiten zuhören, nicht nur einer", sagte Rybakow.

Ihm zufolge haben die USA praktisch keinen Dialog mit dem offiziellen Minsk.

„Und sich nur auf die Meinung einer Person zu verlassen, die lange nicht in Weißrussland lebt und die Interessen Weißrusslands nicht vertreten kann, ist wahrscheinlich falsch“, fügte der ständige Vertreter Weißrusslands hinzu.

Er erklärte auch, dass Minsk die Tatsache der Treffen zwischen Tichanowskaja und UN-

Vertretern berücksichtigen werde, was sich auf die Interaktion der belarussischen Behörden mit ihnen auswirken werde.

"Wenn sie ihre Arbeitszeit lieber damit verbringen, sich mit einer Person zu treffen, die niemanden außer sich selbst repräsentiert, ist dies natürlich ihr Recht", sagte Rybakow.

Tichanowskajas Besuch in den USA

Zuvor hatte das belarussische Außenministerium die Reise der Ex-Präsidentschaftskandidatin Swetlana Tichanowskaja als "touristisch" bezeichnet. Laut dem Pressesprecher der Abteilung, Anatoli Glas, ist dies "Teil einer bestimmten amerikanischen innenpolitischen Show, die in der virtuellen Realität für das amerikanische Publikum stattfindet".

„Wir haben auch gesehen, wie der Pressesprecher des Außenministeriums auf die Unterstützung einiger kurzlebiger ‚demokratischer Bestrebungen des belarussischen Volkes‘ verweist“, sagte Glas.



https://cdn11.img.sputnik.by/img/103963/44/1039634479_0:160:3073:1888_1920x0_80_0_0_57332d29e4755d29467a3dc977af6f35.jpg

snanews.de: Syrischer Militär bei Terror-Beschuss in Aleppo gestorben

Terroristen haben im nördlichen Teil der Provinz Aleppo eine Panzerabwehrlenkrakete gegen einen Lastkraftwagen der syrischen Armee abgefeuert. Dies gab am Dienstagabend der Vizeleiter des russischen Zentrums für die Versöhnung der Konfliktparteien Konteradmiral Wadim Kulitj bekannt.

„Im Norden der Provinz Aleppo haben die Kämpfer der illegalen bewaffneten Gruppen, die auf den von den türkischen Streitkräften kontrollierten Territorien agieren, eine Panzerabwehrlenkrakete (...) gegen den Lastkraftwagen ZIL-131 der syrischen Streitkräfte gestartet“, erklärte Kulitj.

Das Fahrzeug war auf der Autobahn der Stadt Tall Rifaat (auch Tel Rifat) im nördlichen Government Aleppo unterwegs.

Dabei kam ein syrischer Militär ums Leben, drei weitere sollen verletzt worden sein.

Laut dem russischen Zentrum für die Versöhnung der Konfliktparteien gab es in der Idliber Deeskalationszone 29 Beschüsse seitens der Terrorgruppe „Dschebhat an-Nusra“.

Der Syrien-Konflikt dauert seit 2011 an. Ende 2017 wurde der Sieg über die Terrororganisation „Islamischer Staat“ (IS, Daesh) in Syrien und im Irak verkündet. In einzelnen syrischen Regionen wird jedoch weiter gekämpft, wobei eine politische Regelung, der Wiederaufbau und eine Rückführung der Flüchtlinge in den Vordergrund treten.

Der russische Präsident, Wladimir Putin, und sein türkischer Amtskollege, Recep Tayyip Erdogan, hatten am 5. März 2020 nach sechsstündigen Verhandlungen in Moskau eine Vereinbarung zu Syrien unterzeichnet, die unter anderem einen Waffenstillstand in Idlib beinhaltete.



https://cdn.snnews.de/img/07e5/02/0d/898830_0:0:3091:1739_1920x0_80_0_0_6fe671f0fecb0b5207effe57567cf40e.jpg

Telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 26. Juli 2021 wurden fünf Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

Beschossen wurden **Shelobok, Solotoje-5 und Molodjoshnoje** unter Einsatz von Granatwerfern, Schützenpanzerwaffen und großkalibrigen Maschinengewehren. Insgesamt wurden **elf Granaten** abgefeuert.

Informationen über Verletzte unter der Zivilbevölkerung und Zerstörungen werden noch ermittelt.

de.rt.com: **Russische Botschaft zur NZZ-Kritik an Putin: "Verachtung gegenüber unserem Land"**

Die Neue Zürcher Zeitung hatte Wladimir Putin für seinen Artikel über die historische Einheit der Russen und Ukrainer scharf kritisiert. Putin sei nicht nur ein schlechter Hobbyhistoriker, sondern auch großrussischer Nationalist. Die russische Botschaft regierte mit einer Gegendarstellung.

Die russische Botschaft in der Schweiz hat einen Artikel der Neuen Zürcher Zeitung (NZZ) auf ihrer Webseite kritisiert. Dabei sei der NNZ-Autor Markus Ackeret russischen Diplomaten schon lange aufgefallen. Ihm gehe es grundsätzlich nicht darum, ausgewogene und objektive Berichterstattung zu liefern, sondern "tiefe Verachtung und Arroganz gegenüber allem, was in Russland geschieht" zu übermitteln. "Diesmal hat Herr Ackeret sogar sich selbst übertrumpft." Schon die ersten Sätze des Artikels seien "beleidigend". Es werde dem russischen Präsidenten unterstellt, dass seine Ideen, die er im Aufsatz zu Papier gebracht hat, lediglich seine persönliche "Erfindung" seien.

"Der Schweizer Korrespondent verschweigt offensichtlich bewusst die Tatsache, dass die Thesen des Artikels von Wladimir Putin auf allgemein bekannten Fakten basieren und völlig die dominierenden Ansichten der russischen Historiographie über die historische Einheit von Russen, Ukrainern und Weissrussen widerspiegeln", so die Botschaft.

Es sei charakteristisch, dass Ackeret zu seiner Kritik nicht passende Passagen des Artikels des russischen Präsidenten auslässt. "Er spricht nicht über den ursprünglich einheitlichen Altrussischen Staat, den gemeinsamen orthodoxen Glauben und die gemeinsame Sprache, aus der später die sich nahestehenden gegenwärtigen Sprachen unserer Völker entstanden."

"Ausgeklammert" sei auch das Thema der freiwilligen Wiedervereinigung der Ukrainer mit den Russen im Jahr 1654. Verschwiegen werde ein in Putins Aufsatz angeführtes Zitat des Hetmans Bogdan Chmelnyzkyj, der sich 1654 bei Zar Alexei I. dafür bedankte, dass er "das

ganze Saporoger Heer und die ganze orthodoxe russische Welt aufgenommen hat". Auch die Tatsache, dass zu Sowjetzeiten gebürtige Ukrainer äußerst bedeutende Ämter bekleideten, darunter auch die höchsten Positionen in der sowjetischen Führungsregie, werde nicht erwähnt, kritisiert die Botschaft.

Seinen Artikel hatte Putin am 12. Juni unter dem Titel "Über die historische Einheit von Russen und Ukrainern" auf der Webseite des Kremls in russischer und ukrainischer Sprache veröffentlicht. Vier Tage später hat die NZZ darauf mit dem Artikel "Das Pamphlet eines grossrussischen Nationalisten – Wladimir Putin erklärt die Ukrainer zu Russen und leitet daraus Besorgniserregendes ab" (Rechtschreibung wie auch im Folgenden wie im Schweizer Original; Anm. d. Red.) ihres Korrespondenten in Moskau reagiert. Der Kommentar war in der Nachrichten-Sparte erschienen – und nicht unter "Meinungen", was die Botschaft ebenfalls monierte.

Gleich zu Beginn seiner Rezension nannte der NZZ-Autor Putin einen "Hobbyhistoriker", dessen "schulbuchmässig erzählte Geschichte" geschichtswissenschaftlich misslungen sei. Beweise für die Unrichtigkeit der von Putin angesprochenen Konzepte lieferte Ackeret allerdings nicht, merkte aber an, dass der Begriff "Kleinrussen", der in der Vergangenheit für die Bezeichnung der Ukrainer verwendet wurde, als herablassend empfunden worden sei. Außerdem seien die von Putin verwendeten Begriffe "Volk" und "Nation" historiografisch völlig unzulänglich und statisch interpretiert.

"Aus dieser Stelle und vielen anderen Äußerungen spricht der beleidigte grossrussische Nationalist, der weniger der Sowjetunion als dem Russischen Reich nachtrauert", schreibt Ackeret.

Die von Putin angesprochene Diskriminierung der russischsprachigen Bevölkerung in der Ukraine bezeichnet er als "angeblich". Das Augenmerk des Autors gilt vor allem der Bedeutung des Artikels für die künftige politische Ausrichtung der russischen Politik. "Ukrainische und oppositionell gesinnte russische Kommentatoren sehen in dem Aufsatz die geistige Vorarbeit für eine neuerliche militärische Einmischung in der Ukraine, die Einverleibung des Donbass oder die Anerkennung der Unabhängigkeit der russisch kontrollierten Separatistengebiete, in denen Russland grosszügig Pässe verteilt", schreibt der Autor.

Auch an dieser Stelle kontert die Botschaft und wirft dem NZZ-Korrespondenten zu große Nähe zu ukrainischen Eliten und russischen Oppositionellen vor, deren Meinungen er gerne vertrete. Es sei seltsam, solche "fragwürdigen Erwägungen" von einem Journalisten zu hören, der die formell neutrale Schweiz vertritt.

Die Schlussfolgerungen Ackerets seien aus der Sicht der Diplomaten gar "paradoxal" (sic!). "Die festgestellten allgemein bekannten Fakten der historischen Vergangenheit Russlands und der Ukraine, die sich, egal wie man es wünscht, nicht ändern lassen", sind nach Meinung der russischen Botschaft weder "brisant", noch öffneten sie die "Büchse der Pandora" territorialer Forderungen.

Am Ende ihrer Ausführungen gehen die Diplomaten noch mal auf "archivarisch fixierte" historische Ereignisse ein. Die Gründung der Sowjetukraine sei ein "schwieriger und teils künstlicher Prozess" gewesen, in Zuge dessen viele "traditionell russische Gebiete" mit einer "willkürlichen Umkrepelung administrativer Grenzen" der Ukraine zugeschlagen worden sind.

"Es bleibt unerwähnt, dass die derzeitige Regierung in Kiew als 'richtige' Patrioten nur jene Menschen bezeichnen, die Russland hassen, die Politik vollständiger Ausrottung der russischen Sprache aus dem öffentlichen Raum verfolgen und mit Neonazis Nachsicht üben, was bereits den brudermörderischen Konflikt im Donezbecken mit 13.000 Toten auslöste", kritisierte die Botschaft.

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feueinstellung für

den Zeitraum vom 27. Juli 3:00 Uhr bis 28. Juli 3:00 Uhr

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Gesamtzahl der Verletzungen des unbefristeten Regimes der Feueinstellung von Seiten der BFU 2.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen:

(Es folgt eine genaue Auflistung der eingesetzten Waffensysteme - Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich folgende Ortschaften: **Wesjoloje, Sachanka.**

Die Versuche der DVR, im GZKK den Koordinationsmechanismus zur operativen Herstellung von Ruhe zu den Verletzungen des Regimes der Feueinstellung einzusetzen, wurden von der ukrainischen Seite im GZKK ignoriert. Auf alle unsere Anfragen kam unverändert die Antwort: Wir bestätigen den Beschuss nicht, wir halten das Regime der Feueinstellung ein.

Opfer unter der Zivilbevölkerung wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 20.

In den vorangegangenen 24 Stunden wurden sieben Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

snanews.de: **Im Vorfeld des Manövers: Russland gruppiert Truppen auf Übungsplatz nahe Grenze zu Afghanistan neu**

Russische Einheiten haben in Tadschikistan die Umgruppierung der Truppen auf den Übungsplatz Harb-Maidon nahe der Grenze zu Afghanistan abgeschlossen. Das teilte der Militärbezirk Zentrum mit.

„Die russischen Einheiten der 201. Militärbasis in Tadschikistan haben die Neugruppierung der Truppen auf den Übungsplatz Harb-Maidon für die Durchführung der Übungen mit den Militärkontingenten Russlands, Usbekistans und Tadschikistans abgeschlossen“, heißt es in der Mitteilung.

Motorisierte Schützen, Artilleristen, Panzer- und Flaksoldaten sowie Militäringenieure sind in Begleitung von Armeehubschraubern aus Duschanbe im Manövergebiet angekommen. Sie hatten einen 200 Kilometer langen Marsch hinter sich, während dem die Militärs Fragen der Kampfüberwachung von Kolonnen, Abwehr von Attacken durch Diversionsgruppen und „gegnerischen“ Angriffe behandelten. Dort, wo sich die Truppen versammelt hatten, stationierten die Militärangehörigen eine Befehlsstelle und tarnten die Technik.

Das gemeinsame Manöver mit Militärkontingenten Russlands, Usbekistans und Tadschikistans findet vom 5. bis zum 10. August statt. Daran sollen sich mehr als 1500 Mann beteiligen. Das russische Kontingent besteht vor allem aus den Einheiten der 201.

Militärbasis.

Zuvor hatte der russische Botschafter in Duschanbe, Igor Ljakin-Frolow, erklärt, dass die russische Basis, die sich in Tadschikistan befindet, jegliche Aggression seitens afghanischer Terroristen bei Bedarf abwehren werde. „(...) die 201. russische Militärbasis, die Garant der Sicherheit und Stabilität in südlichen Regionen der Verantwortungszone der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit ist.“

Die Zusammenstöße zwischen Regierungstruppen und der radikal-islamistischen Taliban-Bewegung verschärfen sich nach der Ankündigung von US-Präsident Joe Biden am 14. April, den US-Einsatz in Afghanistan – den längsten US-Einsatz im Ausland – zu beenden. Die Taliban haben in ländlichen Gebieten bereits bedeutende Gebiete erobert und eine Offensive gegen Großstädte gestartet. Mehr als 95 Prozent der US-Truppen haben das Land bereits verlassen. Schluss mit dem US-Einsatz sollte ursprünglich am 11. September sein, doch laut Biden endet die Mission etwas früher, nämlich am 31. August.

Im Jahr 2020 unterzeichneten Washington und Vertreter der Taliban das erste

Friedensabkommen seit mehr als 18 Jahren Krieg. Es sieht den Abzug ausländischer Truppen und den Beginn eines interafghanischen Dialogs nach einem Gefangenenaustausch vor.



https://cdn.snanews.de/img/07e5/07/1c/2993895_0:0:3077:1731_1920x0_80_0_0_992a536f97f73dd6c47b71900122b124.jpg

snanews.de: **70 Jahre Flüchtlingskonvention: UNHCR-Chef alarmiert über Verstöße**

Am 70. Jahrestag der Flüchtlingskonvention hat der UN-Hochkommissar für Flüchtlinge Filippo Grandi europäischen und anderen Ländern Versuche vorgeworfen, sich ihren Verpflichtungen aus dem Übereinkommen zu entziehen. Deutschlands Entwicklungsminister Gerd Müller rief die EU auf, „nicht nachzulassen im humanitären Engagement“.

Die vor 70 Jahren verabschiedete Genfer Flüchtlingskonvention gilt als Grundpfeiler der internationalen humanitären Zusammenarbeit. Nach Einschätzung des UNHCR-Chefs versuchen europäische und andere Länder immer öfter, sich ihren Verpflichtungen zu entziehen. Er sei deshalb alarmiert, sagte Grandi laut DPA.

Er kritisierte unter anderem, dass die griechische Küstenwache Flüchtlingsboote Richtung Türkei zurückdränge und dass Chile Venezolaner ausgewiesen habe, ohne ihren Anspruch auf Asyl individuell zu prüfen. Außerdem verurteilte Grandi Pläne etwa in Großbritannien oder Dänemark, Asylsuchende in Drittländer zu schaffen, um dort ihre Anträge zu prüfen.

Dank der Konvention seien Millionen Menschenleben gerettet worden, betonte Grandi, dessen UN-Flüchtlingshilfswerk (UNHCR) über die Einhaltung der Konvention wacht und sich um Flüchtlinge weltweit kümmert.

Auch Deutschlands Entwicklungsminister Gerd Müller rief die EU zu mehr Einsatz im Kampf gegen Fluchtursachen auf. Anlässlich des Jahrestags der Konvention warnte der CSU-Politiker, dass aus heute schon 20 Millionen Klimaflüchtlingen in wenigen Jahren nach Expertenschätzungen 100 Millionen Menschen werden könnten, die ihre Lebensgrundlage in der Heimat verloren haben.

„Die Folgen sind Hunger, Elend, Unruhen“, sagte Minister Müller dem Redaktionsnetzwerk Deutschland. Die EU müsse noch stärker zur Überwindung der Ursachen von Flucht und Vertreibung beitragen, forderte Müller.

„Sonst werden wir auch in Europa noch stärker mit den dramatischen Konsequenzen der globalen Flüchtlingskrisen konfrontiert sein.“

Die Genfer Flüchtlingskonvention garantiert Menschen Schutz und Aufnahme, die in ihrem eigenen Land verfolgt werden und verpflichtet Aufnahmeländer zudem dazu, niemanden dorthin zurückzuschicken, wo ihm Verfolgung droht. In jüngster Zeit wird die Konvention wegen der hohen Zahl von Migranten und Flüchtlingen immer wieder kritisiert.



https://cdn.snnews.de/img/07e5/05/13/2159942_0:114:3235:1934_1920x0_80_0_0_f3a84720a69f6c063fe84a978ad4bbdd.jpg

Lug-info.com: In der LVR sind am 26. Juli um 9:00 Uhr 6380 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt. Davon wurden bisher 5128 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen. Seit Beginn der Pandemie gibt es 566 Todesfälle.

snnews.de: **Bericht: China baut offenbar Raketensilos in der Wüste – erste Reaktionen aus den USA**

Chinesische Behörden sollen laut der Zeitung „The New York Times“ in der autonomen Region Xinjiang 110 Anlagen für den Start interkontinentaler ballistischer Raketen bauen. Zu diesem Schluss kamen Experten der Federation of American Scientists, die sich angeblich mit den von kommerziellen Satelliten erstellten Aufnahmen vertraut machen konnten. Demnach zeigen die Aufnahmen weitere mindestens 110 Silos für Raketen, die mit nuklearen Sprengköpfen bestückt werden könnten. Die Anlagen liegen Experten zufolge in einer Wüste, etwa 100 Kilometer südwestlich von der Stadt Kumul (Hami) entfernt. Das amerikanische Strategic Command äußerte sich via Twitter zum Zeitungsbericht: „Zum zweiten Mal in zwei Monaten hat die Öffentlichkeit entdeckt, was wir seit langem über eine wachsende Bedrohung in der Welt und den Schleier der Geheimhaltung darüber sagen.“ Reaktionen darauf gab es auch seitens amerikanischer Politiker. Beispielweise sagte der republikanische Kongressmann Mike Turner, dass der mögliche nukleare Ausbau Chinas „beispiellos“ sei. Das sei eine „Bedrohung für die USA und unsere Verbündeten“, wird der Politiker von Reuters zitiert. Sein Parteikollege Mike Rogers äußerte, dass in diesem Zusammenhang eine schnelle Modernisierung des nuklearen Arsenal der USA notwendig sei. Anfang Juli hatte die Zeitung „The Washington Post“ berichtet, dass China in der Nähe der Stadt Yumen in der Provinz Gansu den Bau von mehr als 100 Startsilos für ballistische Interkontinentalraketen gestartet haben soll.



https://cdn.snaneews.de/img/07e5/07/1c/2994561_0:0:3184:1791_1920x0_80_0_0_6166a44c30f1d4fe48c379f6f58f3e00.jpg

sputnik.by: **Lukaschenko gratulierte dem ältesten Helden der Sowjetunion zu seinem Jubiläum**

Der älteste Held der Sowjetunion, Wassili Mitschurin, feiert sei 105. Jubiläum, Staatschef Alexander Lukaschenko gratulierte ihm zu seinem Geburtstag, berichtete der Pressedienst des Präsidenten.

Laut dem belarussischen Präsidenten ist Mitschurin ein legendärer Mann, und sein Leben ist ein Beispiel für zukünftige Generationen, "ein lebendiges Beispiel für selbstlose Liebe zum Vaterland, Stärke und unbeugsamen Willen".

„Hinter Ihnen liegt ein langer würdiger Lebensweg - ein Frontsoldat, Bürger, Patriot, Familienvater. Nachdem Sie unglaubliche Prüfungen durchgemacht haben, konnten Sie die besten menschlichen Eigenschaften bewahren - Lebenslust, Freundlichkeit, Reaktionsfähigkeit, Gerechtigkeit, Ehrlichkeit und Anstand", heißt es im Glückwunschtelegramm.

Lukaschenko dankte dem Veteranen für alles, was er getan hat, um das Vaterland zu schützen, zu erhalten und zu entwickeln und wünschte Wassili Mitschurin Gesundheit, Wohlstand und alles Gute.

Die Botschaft des Präsidenten und ein Geschenk des Staatsoberhauptes an den ältesten Helden der Sowjetunion überreichte der Chef des Generalstabs der Streitkräfte - der erste stellvertretende Verteidigungsminister von Belarus, Generalmajor Viktor Gulewitsch.



https://cdn11.img.sputnik.by/img/07e5/07/1c/1055198492_0:121:1281:841_1920x0_80_0_0_2a1d588632982d5279c91b3f4924af4a.jpg

Wassili Mitschurin wurde am 28. Juli 1916 in der russischen Provinz Kostroma geboren. Er war Teilnehmer des sowjetisch-finnischen Krieges und des Großen Vaterländischen Krieges, ein Maschinengewehrschütze. Im Alter von 23 Jahren erhielt er den Heldenstern - für Mut und Heldentum in der Schlacht auf der Karelischen Landenge im finnischen Feldzug, und dann gab es den Großen Vaterländischen Krieg, Schlachten, Verwundungen und weitere Auszeichnungen, Kampfmedaillen des Roten Sterns und des Großen Vaterländischen Krieges. Mitschurin hat zwei Söhne, drei Enkelkinder und -söhne und vier Urenkel. Im Interview mit Sputnik Weißrussland sprach er über sein Leben und seinen militärischen Weg, die schwierigen Kämpfe um Baranowitsch, Brest, Kaliningrad und Berlin. Heute gibt es in Weißrussland noch zwei Helden der Sowjetunion: Wassili Mitschurin und Iwan Kustow.



https://cdn11.img.sputnik.by/img/07e5/07/1c/1055198770_0:0:750:1080_1920x0_80_0_0_d3b96e165a4ab150e691c126906e2781.jpg

Mzdnr.ru: Am 27. Juli wurden in der DVR 651 Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt, davon waren 262 positiv, bei 37 Patienten wurde die Diagnose COVID-19 klinisch gestellt. Am 28. Juli um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 47.249 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

3701 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 39.997 als gesund entlassen, es gibt 3551 Todesfälle.

In den letzten 24 Stunden wurden 162 Fälle von Lungenentzündung entdeckt, 18 mehr als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 124 ins Krankenhaus eingewiesen. Insgesamt sind 1562

Personen mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 698 mit Sauerstoffunterstützung (+55 in den letzten 24 Stunden).

Insgesamt wurden seit dem 18. März 2021 2081 Patienten entdeckt, die bereits eine Covid-19-Erkrankung durchgemacht hatten.

snanews.de: **Biden nennt „echtes Problem“ von Putin – und wirft Moskau Einmischung in US-Zwischenwahlen vor**

Russlands Präsident Wladimir Putin hat nach Ansicht seines US-amerikanischen Amtskollegen Joe Biden „ein echtes Problem“ – es bestehe darin, dass die russische Wirtschaft, die weltweit achtgrößte, Biden zufolge ausschließlich auf Atomwaffen und Erdöl basiert.

„Ich habe mich mit Putin getroffen, der ein echtes Problem hat – er hat eine Wirtschaft mit Atomwaffen und Erdöl und sonst nichts“, erklärte Biden am Rande seines Besuchs im Büro der nationalen Nachrichtendienste.

„Putin weiß, dass er sich in einer wirklich schwierigen Lage befindet, und das macht ihn meiner Meinung nach noch gefährlicher“, zitiert der Sender CBS Biden. Er betonte außerdem, dass die US-Geheimdienste besser als die russischen seien. „Er weiß, dass ihr besser als sein Team seid und das macht ihm große Sorgen“.

Außerdem hat Biden Russland Einmischung in die Zwischenwahlen für den Kongress vorgeworfen, die 2022 stattfinden sollen. Moskau solle „jetzt schon Fehlinformationen“ verbreiten. Beweise für seine Worte führte der US-Präsident jedoch nicht an.

Washington hat mehrmals Moskau Einmischung in die US-Wahlen und Cyberangriffe vorgeworfen. Wie aber Präsident Putin Mitte Juni in einem NBC-Interview betonte, hätten sich die USA nie Mühe gegeben, Beweise dafür vorzulegen.



https://cdn.snanews.de/img/07e5/07/02/2700291_0:160:3073:1888_1920x0_80_0_0_7d200739c8f6775f76ee118d7f8a09f6.jpg

snanews.de: **Aserbaidsschan und Armenien vereinbaren Waffenruhe**

Aserbaidsschan und Armenien haben den Vorschlag der russischen Seite über die Waffenruhe akzeptiert. Dies bestätigten die Verteidigungsministerien der beiden Staaten.

„Aserbaidsschan hat die Initiative der russischen Seite in Bezug auf die Verhängung der Waffenruhe an der armenisch-aserbaidsschanischen Staatsgrenze ab 10:00 Uhr (Ortszeit in Baku) unterstützt“, heißt es im Statement des Verteidigungsministeriums.

Ferner hieß es, dass die armenische Seite die Lage weiter anheize und „unsere Positionen“ weiter beschieße.

Auch das armenische Verteidigungsministerium informierte auf seiner Webseite darüber, dass die Wiederaufnahme der Waffenruhe vereinbart worden sei. Diese wird demnach im Großen und Ganzen befolgt.

Am Mittwoch hatten die beiden Seiten einander Aggression vorgeworfen. In der Nacht kam es Medienberichten zufolge zum gegenseitigen Beschuss. Armenien meldete dabei zwei Todesopfer und zwei Verletzte; Aserbaidschan sprach von zwei Verletzten.

Die Lage an der Grenze zwischen Armenien und Aserbaidschan hat sich seit dem 14. Juli verschlechtert. Das armenische Verteidigungsministerium gab den Tod eines armenischen Soldaten durch einen Schuss der aserbaidischen Streitkräfte bekannt. Das aserbaidische Verteidigungsministerium beschuldigte die armenischen Streitkräfte, die Stellungen des aserbaidischen Militärs beschossen und einen aserbaidischen Soldaten verletzt zu haben. Am 19. Juli wurde das Gefecht an der Grenze wieder aufgenommen.

Die beiden Ex-Sowjetrepubliken hatten zuletzt vom 27. September bis zum 9. November um Bergkarabach gekämpft, als unter Vermittlung Russlands eine Erklärung zur Einstellung der Kampfhandlungen unterzeichnet wurde. Russland hat in Bergkarabach seine Friedenstruppen stationiert. Aserbaidschan holte sich dabei weite Teile des Anfangs der 1990er Jahre verlorenen Gebiets zurück. Mehr als 6500 Menschen starben.



https://cdn.snanews.de/img/07e5/07/1a/2976670_0:0:3068:1727_1920x0_80_0_0_7e99e24c04417c9e559084b7b1fc101f.jpg

nachmittags:

snanews.de: **Im schweizerischen Genf: Russland-US-Verhandlungen über strategische Stabilität beginnen**

In Genf haben am Mittwoch die Beratungen Russlands und der USA über die strategische Stabilität begonnen.

Das Treffen erfolgt laut den Quellen hinter verschlossenen Türen, anwesend seien amerikanische und russische Delegationen. Die Verhandlungen finden vor dem Hintergrund der Ausarbeitung der Vereinbarungen statt, die beim Treffen zwischen dem russischen Präsidenten, Wladimir Putin, und seinem amerikanischen Amtskollegen, Joe Biden, erzielt wurden.

Die russische Delegation wird vom russischen Vizeaußenminister, Sergej Rjabkow, geleitet, die amerikanische von Vizeaußenministerin Wendy Sherman.

Im Vorfeld der Gespräche hieß es vonseiten des russischen Außenministeriums, dass die Delegationen die Fragen der Förderung und Verstärkung der strategischen Sicherheit sowie die Perspektiven der Waffenkontrolle erörtern sollten.

Außerdem betonte Rjabkow vor den Beratungen, dass das Herangehen Russlands und der USA nicht immer übereinstimme. Aber eben aus diesem Grund würden diese Verhandlungen organisiert – um „Richtungen für eine gemeinsame Arbeit, in denen es eine Perspektive gibt,

aufzuspüren“.

Zum letzten Mal hatten die US-Russland-Beratungen über die strategische Sicherheit im Sommer 2020 stattgefunden. Die vielstündigen Gespräche erfolgten zweimal in Wien, zuerst im Juli und danach im August.



https://cdn.snanews.de/img/07e5/07/1c/2995927_0:72:3006:1763_1920x0_80_0_0_791e7136e24619c4a1e51f3e142598e3.jpg

snanews.de: **Aserbaidsschan und Türkei erwägen Bildung gemeinsamer Armee**

Vor dem Hintergrund anhaltender Spannungen mit dem Nachbarn Armenien verhandelt Aserbaidsschan mit seinem Hauptverbündeten Türkei über die Bildung einer gemeinsamen Armee. Das teilte der türkische Parlamentspräsident Mustafa Şentop nach Angaben von Sputnik Aserbaidsschan mit.

In diesem Zusammenhang würden bereits gemeinsame Militärmanöver abgehalten, sagte Şentop demnach beim Besuch im aserbaidsschanischen Gandscha.

„Unsere Idee lautet: Eine Nation, zwei Staaten. Dazu wurden bereits zahlreiche Gespräche geführt und Vereinbarungen getroffen.“

Der türkische Politiker warf Armenien vor, an der aserbaidsschanischen Grenze zu provozieren. Der jüngste Beschuss aserbaidsschanischer Grenzgebiete durch Armenien gefährde die regionale Sicherheit und könne zu einem Krieg führen, warnte er.

Seit dem Zerfall der Sowjetunion im Jahr 1991 befinden sich ihre früheren Teilrepubliken Aserbaidsschan und Armenien in einer Dauerauseinandersetzung um die Region Bergkarabach.

Beim jüngsten militärischen Konflikt im Herbst 2020 mit tausenden Toten auf beiden Seiten konnte Aserbaidsschan mit Rückendeckung aus der Türkei seine Positionen deutlich stärken.

Am 15. Juni haben sich der türkische Präsident, Recep Tayyip Erdogan, und sein aserbaidsschanischer Amtskollege, İlham Alijew, in einer gemeinsamen Erklärung zur Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich und zur gegenseitigen Hilfe bekannt.

Mitte Juli spitzte sich die Lage an der Grenze zwischen Armenien und Aserbaidsschan wieder zu. Das armenische Verteidigungsministerium teilte mit, dass ein Soldat durch Schüsse aus Aserbaidsschan getötet worden sei. Aserbaidsschan beschuldigte seinerseits Armenien, die Stellungen des aserbaidsschanischen Militärs beschossen und einen Soldaten verletzt zu haben.



https://cdn.snnews.de/img/07e5/07/1c/2995600_0:0:3068:1727_1920x0_80_0_0_cdde4b0e1034880ed8225d034ba42b8f.jpg

dan-news.info: In der DVR ist heute eine Partie des russischen Impfstoffs gegen COVID-19 „Sputnik Light“ eingetroffen. Dabei handelt es sich um einen Impfstoff, bei dem nur eine Impfung notwendig ist.

sputnik.by: **Generalstaatsanwalt fordert Einstufung von Hoffmans "Einheiten" als Terrororganisation**

Der belarussische Generalstaatsanwalt Andrej Schwed hat beim Obersten Gerichtshof beantragt, die Formation "Abteilungen der zivilen Selbstverteidigung von Belarus" als terroristische Organisation einzustufen und ihre Tätigkeit im Hoheitsgebiet des Landes zu verbieten. Dies teilte die offizielle Vertreterin der Generalstaatsanwaltschaft Angelika Kurtschak mit.

Diese Formation wurde im September 2020 unter der Leitung des deutschen Staatsbürgers Denis Hoffman gegründet.

„Das Ziel ihrer Tätigkeit ist es, radikale Bürger für die Teilnahme an den Veranstaltungen für einen gewaltsamen Regierungswechsel und terroristische Anschläge in Belarus zu vereinen“, sagte Kurtschak vor Journalisten.



https://cdn11.img.sputnik.by/img/104507/17/1045071765_0:202:1944:1296_1920x0_80_0_0_9eccefa61ee3a1507b32e6c5c49a8141.jpg

de.rt.com: **Petersburger Dialog setzt bilaterale Veranstaltungen aus: "Wegen Russlands Umgang mit NGOs"**

Das Berliner Sekretariat des deutsch-russischen Petersburger Dialogs setzt bilaterale

Veranstaltungen bis auf weiteres aus. Anlass sei, dass einige deutsche Mitglieder dieses Forums in Russland neuerdings den Status unerwünschter ausländischer Organisationen haben.

Alle bilateralen und Arbeitsgruppensitzungen des deutsch-russischen zivilgesellschaftlichen Forums Petersburger Dialog werden bis auf weiteres ausgesetzt. Dies geschieht auf Initiative des Sekretariats der deutschen Seite, wie einer Mitteilung vom 27. Juli auf der Internetseite des Vereins Petersburger Dialog e.V. zu entnehmen ist. Vereinsvorsitzender Ronald Pofalla begründete den Schritt wie folgt:

"Wir können nicht hinnehmen, dass einige unserer Mitgliederorganisationen in Russland ihre Arbeit nicht verrichten können, weil sie offiziell als 'unerwünscht' gelten und bei Zuwiderhandlung hohe Strafen zu erwarten haben. Auch die russischen Partnerinnen und Partner von 'unerwünschten ausländischen Organisationen' können aufgrund der Zusammenarbeit strafrechtlich verfolgt werden. Die mit der Listung einhergehenden Einschränkungen für die Organisationen sind ein schwerer Rückschlag für den zivilgesellschaftlichen Dialog unserer Länder und allein schon deshalb für uns inakzeptabel." Mit den erwähnten Mitgliederorganisationen dürfte Pofalla vor allem zwei meinen: Das Zentrum Liberale Moderne und den Deutsch-Russischen Austausch. Diese wurden neben anderen von der russischen Staatsanwaltschaft Ende Mai dieses Jahres als unerwünschte ausländische Organisationen eingestuft, was das deutsche Sekretariat des zivilgesellschaftlichen Forums damals in einer Mitteilung kritisierte. Bereits deutlich länger, seit dem Jahr 2018, findet sich ein weiteres Mitglied des Petersburger Dialogs, die European Platform for Democratic Elections (EPDE) mit Sitz in Berlin, auf der russischen Liste solcher Organisationen.

Im Namen des deutschen Organisationskomitees des Petersburger Dialogs bietet Pofalla dem russischen Pendant eine Krisensitzung an:

"Wir laden für Anfang September zum bilateralen Austausch über diese aktuellen Probleme im Rahmen einer gemeinsamen Vorstandssitzung ein."

Wie Viktor Subkow, der Vorstandsvorsitzende der russischen Seite des Forums Petersburger Dialog, bei einer solchen Sitzung auf die Vorwürfe aus Deutschland reagieren könnte, wird sich gegebenenfalls zeigen. Nicht ausgeschlossen ist jedoch, dass die Argumente des ehemaligen Leiters der finanziellen Nachrichtendienste Russlands, der auch den Posten des Premierministers kommissarisch bekleidete, insbesondere in Bezug auf das Zentrum Liberale Moderne ähnlich ausfallen werden wie die Analyse von Gert-Ewen Ungar:

"Vor allem die Aktivitäten des Zentrums Liberale Moderne zielen auf die Beeinflussung und Manipulation der russischen Zivilgesellschaft ab, um sie für einen neoliberalen, marktradikalen Umbau der Russischen Föderation zu mobilisieren. Zu diesem Zweck bietet das Zentrum in Russland Kurse, Seminare und Kongresse an.

Dabei dient das, was die Macher des Zentrums vollmundig 'Förderung des zivilgesellschaftlichen Engagements' nennen, letztlich dessen kompletter Aushebelung, denn die Umsetzung der neoliberalen Agenda führt dazu, dass zivilgesellschaftliches Engagement immer dann ins Leere läuft, wenn es um die Korrektur destruktiver Marktmechanismen, die Stärkung des Sozialstaats und um Verteilungsgerechtigkeit geht. Denn dann regiert das Prinzip der Alternativlosigkeit."

Allgemein könnte die Aufgabe, als Echokammer für Befürworter einer russophoben Eindämmungspolitik und Politik der Einmischung in die inneren Angelegenheiten Russlands zu fungieren, der sich einige der prominenten Mitgliedsorganisationen des Petersburger Dialogs auf der deutschen Seite allem Anschein nach verschrieben haben, zum Thema werden. Schließlich werden deren Aktionen auf russischem Boden mit Millionen Euro vom Auswärtigen Amt der Bundesrepublik finanziert. Auch die Förderung der Agenden extremistischer Organisationen durch die hier genannten Mitglieder dieses zivilgesellschaftlichen Forums könnten im Rahmen der Gespräche Beachtung finden.

Reaktionen und Kommentare des russischen Organisationskomitees des Petersburger Dialogs oder seitens der russischen Politik blieben zum Redaktionszeitpunkt noch aus.



<https://cdn.rtt.com/deutsch/images/2021.07/article/610146acb480cc677d00c972.jpeg>

Armiyadnr.su: **Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz am 28.07.2021**

Die ukrainische Seite verletzt weiter ihre Verpflichtungen.

So wurden **in den letzten 24 Stunden zwei Verletzungen des zweiten Punkts des Komplexes von Zusatzmaßnahmen** zur Kontrolle der Einhaltung des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer festgestellt. Der Gegner hat insgesamt 20 Mörsergeschosse und Granaten auf Ortschaften der Republik abgefeuert.

In **Richtung Donezk** haben Kämpfer des 15. Panzergrenadierbataillons der 58. Brigade unter Kommando des Kriegsverbrechers Kaschtschenko von den Positionen im Gebiet von Wodjanoje aus fünf Mörsergeschosse mit 120mm-Mörsern auf **Wesjoloje** abgefeuert.

In **Richtung Mariupol** haben Strafruppen des 2. Gebirgssturmbataillons der 128. Brigade in Ausführung eines verbrecherischen Befehls Gontscharuks von den Positionen im Gebiet von Lebedinskoje aus **Sachanka** mit automatischen Granatwerfern beschossen und 15 Granaten abgefeuert.

Seit Beginn des heutigen Tages hat der Gegner **drei Feuerprovokationen** begangen.

In **Richtung Gorlowka** haben Kämpfer des 108. Gebirgssturmbataillons der 10. Brigade unter Kommando des Kriegsverbrechers Kotlik von den Positionen im Gebiet von Sajzewo Sewernoje aus **Sajzewo Jushnoje** mit 120mm-Mörsern und automatischen Granatwerfern beschossen.

In **Richtung Donezk** haben Kämpfer des 16. Panzergrenadierbataillons der 58. Brigade von den Positionen im Gebiet von Peski aus fünf Mörsergeschosse mit 120mm-Mörsern auf **Wesjoloje** abgefeuert.

In **Richtung Mariupol** haben Strafruppen eines Panzergrenadierbataillons der 128. Brigade auf Befehls des Kriegsverbrechers Gontscharuk von den Positionen im Gebiet von Wodjanoje aus **Leninskoje** mit 120mm-Mörsern beschossen und 15 Mörsergeschosse abgefeuert.

Informationen über Verletzte unter der Zivilbevölkerung und Schäden an ziviler Infrastruktur werden noch ermittelt.

Die Verstöße wurden operativ den Vertretern der ukrainischen Seite im GZKK zur Kenntnis gegeben, um rechtzeitig Maßnahmen gegen die an der Verletzung des Waffenstillstands Schuldigen zu ergreifen und um Fälschungen von Daten über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer zu verhindern.

Der Versuch der Vertretung der DVR im GZKK, den Koordinationsmechanismus zur operativen Herstellung von Ruhe einzusetzen, wurde ein weiteres Mal von der ukrainischen Seite im GZKK ignoriert.

Danach haben Einheiten der Volksmiliz der DVR entsprechend Punkt „e“ der Maßnahmen

zum Schutz der Zivilbevölkerung gegen Beschuss der ukrainischen Kämpfer gezwungenermaßen das **Feuer mit nicht von den Minsker Vereinbarungen verbotenen Waffen erwidert und die Feueraktivität des Gegners unterdrückt**. Die Verluste der ukrainischen Straftruppen werden noch ermittelt.

Den Kiewer Besatzern empfehlen wir nachdrücklich, von der Ausführung verbrecherischer Befehle des Kommandos Abstand zu nehmen und das Regime der Feueereinstellung einzuhalten, um ihr eigenes Leben zu bewahren.

Die ukrainische Seite blockiert weiter die Funktion von Drohnen der OSZE-Mission. So hat der Gegner, um die Erfassung von Verstößen zu verhindern, Stationen der elektronischen Kriegsführung „Bukowel-AD“ aus dem Bestand mobiler Gruppen des 305. und 502. Bataillons für elektronische Kriegsführung eingesetzt. Die stärkste aktive Anwendung von Mitteln der elektronischen Kriegsführung ist in den Verantwortungsbereichen der 30. mechanisierten Brigade im Gebiet von Stepanowka und der 93. mechanisierten Brigade im Gebiet von Nikolajewka festzustellen, wo sechs mal die die Leitungs- und Navigationskanäle von Drohnen der OSZE-Mission blockiert wurden. Außerdem wurden zur Verhinderung der Entdeckung von stationierten Waffen Mittel der elektronischen Kriegsführung in den Verantwortungsbereichen der 72. und 30. mechanisierten Brigade in den Gebieten von Orlowka und Warwarowka eingesetzt.

Alle Fälle von Behinderung der Arbeit der OSZE-Mission werden auch vom täglichen Bericht vom 27.07.2021 bestätigt.

Es wurde festgestellt, dass in Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen zwölf Stück **Waffen und Militärtechnik der BFU in der Nähe von Wohnhäusern und kommunalen Objekten** auf dem von der Ukraine kontrollierten Territorium stationiert sind.

Aus dem Bestand der 58. Panzergrenadierbrigade:

zwei T-64-Panzer in einem Hangar auf dem Gebiet des landwirtschaftlichen Unternehmens „Koloss“ in der Zentralnaja-Straße in Memrik;

fünf Schützenpanzer und ein Panzertransporter in Wirtschaftsgebäuden in unmittelbarer Nähe von Wohnhäusern in Shelanoje.

Aus dem Bestand der 93. mechanisierten Brigade:

ein Abwehrraketenkomplex „Tunguska“ in der Nähe von Wohnhäuser am südwestlichen Rand von Starognatowka sowie ein Panzertransporter, ein Komplex der elektronischen Kriegsführung und ein Kommandostabsfahrzeug.

Die ukrainischen Kämpfer verminen weiter Territorien, die an Ortschaften und allgemeine Straßen grenzen, was unmittelbar Leben und Gesundheit der Bürger und von Vertretern der OSZE-Mission gefährdet.

Unter Druck örtlicher Einwohner und der OSZE waren die ukrainischen Kämpfer gezwungen, die installierten Minensperren vor Ort zu markieren. So haben Straftruppen der 30. Brigade am Rand von Nowoluganskoje 1000 Holzpfähle angebracht und so die installierten Minen gekennzeichnet.

Wir rufen die Einwohner von Nowoluganskoje und der umliegenden Ortschaften auf, äußerst wachsam und vorsichtig zu sein, um nicht auf ukrainische Minen zu geraten. Wir bitten darum, alle bekannt gewordenen Fälle von Verminung durch Einheiten der ukrainischen Streitkräfte an die OSZE-Mission, die Staatsanwaltschaft und die militärisch-zivile Administration zu melden, um Strafverfahren gegen die ukrainische Kommandeure aufzunehmen.

Im Verantwortungsbereich der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ ist eine **Zunahme von Verbrechen in Zusammenhang mit Waffen- und Munitionsdiebstahl** festzustellen. Die Kämpfer bemühen sich, so viel wie möglich Geld am Verkauf von Waffen an nationalistische Organisationen, die in der OOS-Zone eintreffen, zu verdienen.

Allein in dieser Woche haben Mitarbeiter des SBU und des militärischen

Rechtsordnungsdienstes zwei Verstecke mit Waffen und Munition im Verantwortungsbereich

der 58. Brigade im Gebiet von Nowogrodowka gefunden. Drei PM-Pistolen, zehn RGD-5-Granten und mehr als 3000 Patronen des Kalibers 5,45 mm. Nach Informationen des SBU war dieses Arsenal für die nationalistische Gruppierung „Rechter Sektor“ vorgesehen, deren Vertreter in der benachbarten Ortschaft Awdejewka eingetroffen sind, angeblich um an Feierlichkeiten zum siebten Jahrestag der sogenannten Befreiung der Stadt teilzunehmen, aber nach Informationen einer Quelle bereiten die Nationalisten ein Provokation vor, um Soldaten der DVR zu beschuldigen.

Ein weiterer Fall von gesetzwidriger Beschaffung und Lagerung von Waffen wurde von Rechtsschützern in der OOS-Zone entdeckt.

Nach Informationen einer Quelle haben Mitarbeiter der Donezker Oblast-Staatsanwaltschaft einen 49 Jahre alten Einwohner von Torezk festgenommen, der gesetzwidrig in seiner eigenen Garage vier F-1- und RGD-Granten, sechs Geschosse für RPG-7-Granatwerfern, fünf reaktive Antipanzergrenaten RPG-18 und mehr als 2000 Patronen des Kalibers 5,45 mm für AK-74-Maschinenpistolen lagerte.

Bei der Kontrolle der Registrierungsnummern der konfiszierten Munition wurde deutlich, dass sie der 58. Brigade zugeordnet sind.

Um eine Ermittlung zu dem Fall von Waffen- und Munitionsdiebstahl durchzuführen, ist eine Kommission des SBU und der Militärstaatsanwaltschaft in den Einheiten der Brigade eingetroffen.

Wir erhalten weiter Informationen über **Fälle nicht kampfbedingter Verluste der ukrainischen Streitkräfte** in der Zone der Strafoperation.

Im Gebiet von Drushkowka verlor der Soldat des 1. Mörserzugs der 81. Luftlandbrigade Biloussow aufgrund von Verstoß gegen Sicherheitsanforderungen das Gleichgewicht und fiel auf den rechten Arm, dabei erlitt er eine Verletzung am Schlüsselbein.

Nach Worten von Augenzeugen wurde bei der Untersuchung und erster Behandlung des Soldaten festgestellt, dass er betrunken war.

Um der Verantwortung zu entgehen, verheimlichte der Brigadekommandeur Kotenko den Vorfall gegenüber dem übergeordneten Kommando.

Neben nicht kampfbedingten Verlusten in den Truppenteilen und Einheiten der ukrainischen Streitkräfte in der OOS-Zone sind auch **Fälle von Infektion von Soldaten mit Parasiten** festzustellen.

So hat eine medizinische Kommission der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ in den Einheiten der 93. Brigade bei 25 Soldaten einen Ausbruch von Kleiderläusen festgestellt. Gemäß einer Ermittlung war die Ursache der Infektion der Soldaten die Ankunft von zwei Soldaten am Stationierungsort des 1. Bataillons, die aus der 128. Gebirgstruppe abgeordnet worden waren. Die eingetroffenen Soldaten – Kurenko und Wolinskij – leugnen den Einschleppung von Läusen und verweisen auf das Fehlen der elementarsten sanitären Bedingungen im Bataillon.

Nach genauen Informationen wurde bekannt, dass im Zusammenhang mit zahlreichen Beschwerden von Soldaten über nicht zufriedenstellende Alltagsbedingungen vom Stab der OOS eine Brigade von Infektionsspezialisten in den Verband geschickt wurde, um Kleidung und Bettwäsche zu behandeln.

de.rt.com: UN: Russland initiiert Entwurf für internationale Konvention zur Bekämpfung der Cyberkriminalität

Moskau legt den Vereinten Nationen als erste Regierung der Welt einen eigens ausgearbeiteten Entwurf für ein multilaterales Übereinkommen zur Bekämpfung der Informationskriminalität vor. Die Fassung berücksichtigt neue Arten der Cyberkriminalität. Der Kreml hat einen eigenen Entwurf für ein UN-Übereinkommen zur Bekämpfung der Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien für kriminelle Zwecke initiiert. Dies teilte der Pressedienst der russischen Generalstaatsanwaltschaft am Dienstag der

Nachrichtenagentur TASS mit. In der Mitteilung hieß es:

"Heute traf sich eine russische Delegation unter der Leitung des stellvertretenden Generalstaatsanwalts Pjotr Gorodowoi mit Dennis Thatchaichawalit, dem amtierenden Direktor des Büros der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung, im Genfer Büro der Vereinten Nationen und legte offiziell einen russischen Entwurf eines Übereinkommens zur Bekämpfung des Einsatzes von Informations- und Kommunikationstechnologien für kriminelle Zwecke vor."

Fouzia Mebarki, der Vorsitzenden des zwischenstaatlichen Ad-hoc-Ausschusses zur Ausarbeitung eines Übereinkommens zur Bekämpfung der Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien für kriminelle Zwecke, wurde ein Exemplar des Entwurfs übergeben.

Nach Angaben der russischen Generalstaatsanwaltschaft sieht der Entwurf zudem die Bekämpfung der kriminellen Nutzung von Kryptowährungen und von Straftaten vor, die mit Hilfe von Informationstechnologien begangen werden, insbesondere den Handel mit gefälschten medizinischen Produkten und Medikamenten. Die Generalstaatsanwaltschaft erklärte:

"Der Entwurf berücksichtigt die aktuellen Herausforderungen und Bedrohungen im Bereich der internationalen Informationssicherheit (einschließlich der kriminellen Nutzung von Kryptowährungen) und berücksichtigt neue Arten von Straftaten, die unter Verwendung von Informations- und Kommunikationstechnologien begangen werden (Vermarktung gefälschter medizinischer Produkte, Drogenhandel, Verwicklung von Minderjährigen in illegale Aktivitäten, die ihr Leben und ihre Gesundheit bedrohen, und andere). Der Entwurf erweitert auch den Bereich der internationalen Zusammenarbeit bei der Rechtshilfe in Strafsachen, einschließlich der Fahndung, Festnahme, Beschlagnahme und Rückgabe von Vermögenswerten.

Die Behörde erinnerte daran, dass der russische Generalstaatsanwalt Igor Krasnow angesichts der explosionsartigen Zunahme der Internetkriminalität im vergangenen Jahr eine Arbeitsgruppe zur Bekämpfung von IT-Kriminalität eingerichtet hat. Ihr gehören Beamte der Generalstaatsanwaltschaft, des Außenministeriums und weiterer Behörden an. Die Gruppe wurde unter anderem mit der Ausarbeitung eines universellen internationalen Übereinkommens zur Bekämpfung von Cyberkriminalität beauftragt.

Der zwischenstaatliche Ad-hoc-Ausschuss zur Ausarbeitung des Übereinkommens über die Bekämpfung der Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien zu kriminellen Zwecken wurde durch eine Resolution der Generalversammlung der Vereinten Nationen im Dezember 2019 eingesetzt. Der Pressedienst stellte fest:

"Russland ist das erste Land, das einen Entwurf für ein universelles Übereinkommen zur Bekämpfung der Informationskriminalität erarbeitet und dem Ad-hoc-Ausschuss vorgelegt hat. Russland bietet der Welt seine eigenen Ideen an, die die Grundlage für ein zukünftiges umfassendes Instrument bilden könnten, das unter gebührender Berücksichtigung der Positionen anderer Nationen der Welt entwickelt wird."



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.07/article/61010998b480cc4143043211.jpg>

ukrinform.de: **Deutschland versichert Bereitschaft zu Konsultationen zu Nord Stream 2**

Der Beauftragte für Osteuropa, Kaukasus und Zentralasien des Auswärtigen Amtes der Bundesrepublik Deutschland, Matthias Lüttenberg, hat beim Treffen mit dem stellvertretenden Leiter des Büros des Präsidenten der Ukraine, Ihor Schowkwa, die Bereitschaft deutscher Seite erklärt, die von der Ukraine initiierten Konsultationen zu Nord Stream-2 zu führen.

Darüber berichtet Ukrinform unter Bezugnahme auf den Pressedienst des Präsidenten.

„Der stellvertretende Leiter des Büros des Präsidenten informierte Matthias Lüttenberg über die Haltung der Ukraine in Bezug auf die Umsetzung des Projekts Nord Stream-2 und betonte die damit verbundenen akuten Sicherheitsbedrohungen, sowohl für unser Land als auch für ganz Europa.. Seinerseits sprach der Beauftragte des deutschen Auswärtiges Amtes von der Bereitschaft der deutschen Seite, Konsultationen zu Nord Stream-2 abzuhalten, die von unserem Staat initiiert wurden“, meldete das Büro des Präsidenten.

Außerdem informierte Herr Schowkwa seinen Gesprächspartner über die Sicherheitslage im Donbass sowie über die Bedrohungen im Zusammenhang mit einer verbleibenden bedeutenden Militärpräsenz der Russischen Föderation entlang der ukrainischen Grenze. Matthias Lüttenberg seinerseits betonte die Unveränderlichkeit der Position Deutschlands zur Unterstützung der territorialen Unversehrtheit und Souveränität der Ukraine. Er begrüßte die Bemühungen der Ukraine, den Frieden im Donbass wiederherzustellen.



https://static.ukrinform.com/photos/2021_07/thumb_files/630_360_1627479265-901.jpeg

snanews.de: **Putins „echtes Problem“: Kreml reagiert auf Aussagen von Biden**

Der Sprecher des russischen Präsidenten hat Joe Bidens Äußerung zu vermeintlichen Problemen Wladimir Putins als inhaltlich falsch zurückgewiesen. Auch zu Bidens jüngsten Vorwürfen der Wahleinmischung hat sich der Kreml-Sprecher vor Pressevertretern geäußert. Der amerikanische Präsident Joe Biden hatte erklärt, sein russischer Amtskollege Wladimir Putin habe „ein echtes Problem“, was ihn gefährlicher mache. Dieses Problem bestünde darin, dass Putin nur über Erdöl und Kernwaffen verfüge, sagte der US-Präsident mit Bezug auf sein Treffen mit dem russischen Präsidenten Mitte Juni in Genf.

Putins Sprecher Dmitri Peskow hat diese Ausführungen als irreführend dargestellt. Bidens Äußerungen seien „zumindest vom Inhalt her falsch“, sagte er gegenüber Journalisten in Moskau.

Abermaliger Vorwurf der Einmischung

Vor seiner Äußerung über die vermeintlichen Probleme des russischen Präsidenten hatte Biden der russischen Führung vorgeworfen, sich mit Desinformation in die Kongresswahlen 2022 in den USA einmischen zu wollen, und vor der Gefahr eines Militärkonflikts infolge eines russischen Cyber-Angriffs gewarnt.

Dmitri Peskow hat diese Vorwürfe zurückgewiesen: „Russland hat sich noch nie in die Wahlvorgänge in den USA eingemischt“ – Untersuchungen in den Vereinigten Staaten hätten dies mehrfach belegt. „Weder mischt sich Russland ein noch hat es Russland vor, sich in die Wahlvorgänge in anderen Ländern einzumischen.“ Bidens diesbezügliche Äußerungen gehörten zu denselben „unprofessionellen Auskünften“ wie seine Ausführungen zu „Putins Problemen“.

Positives Signal in schwierigen Beziehungen

Gleichzeitig hob Peskow das russisch-amerikanische Gipfeltreffen in Genf als einen positiven Aspekt in den Beziehungen beider Länder hervor. Es sei erfreulich, „dass wir von Sticheleien zu Verhandlungen übergegangen sind, begleitet von weiteren verbalen Sticheleien“.

Eine Partnerschaft zwischen USA und Russland sei aber nicht zu erkennen. Die Vereinigten Staaten seien „eher unsere Opponenten“ als Partner. „Derzeit haben wir, zu unserem Leidwesen, weder partnerschaftliche Programme noch partnerschaftliche Beziehungen, obwohl Präsident Putin seinen politischen Willen zur Normalisierung dieser Beziehungen mehrfach gezeigt hat.“

Dennoch: Die Tatsache, dass russische und amerikanische Experten in Genf miteinander verhandeln, ist laut Peskow „ein überaus positives Signal“. Man hoffe, seine Positionen im Zuge solcher Kontakte eingehender vermitteln zu können.



https://cdn.snanews.de/img/07e4/0c/01/47701_0:160:3073:1888_1920x0_80_0_0_84f7be17864c1f2b62f745f5b78a1844.jpg

Mil-Inr.info: Pressekonferenz des Offiziers des Pressedienstes der Volksmiliz der LVR

Oberleutnant A.N. Masejikin am 27. Juli 2021

Nach Angaben von Beobachtern der Vertretung der LVR im GZKK wurden **in den letzten 24 Stunden fünf Verletzungen des zweiten Punkts der Zusatzmaßnahmen** zur Verstärkung und Kontrolle des geltenden Regimes der Feueinstellung festgestellt.

In **Richtung Popasnaja** haben Kämpfer des 3. Bataillons der 24. Brigade auf Befehl Postupalskijs von den Positionen im Gebiet von Solotoje-4 aus zweimal **Solotoje-5** mit Granatwerfern und großkalibrigen Maschinengewehren beschossen.

Weiter haben Kämpfer der 24. Brigade von den Positionen im Gebiet von Katerinowka aus **Molodjoshnoje** mit Granatwerfern beschossen.

In **Richtung Slawjanoserbsk** haben Kämpfer des 15. Bataillons der 128. Brigade auf Befehl des Bataillonskommandeurs Golschewskij von den Positionen im Gebiet von Pritschepilowka aus zweimal **Shelobok** mit Granatwerfern und großkalibrigen Maschinengewehren beschossen.

Die Fälle von Beschuss von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurden operativ den Vertretern der ukrainischen Seite im GZKK zur Kenntnis gegeben, um Maßnahmen zu ergreifen und die Beschuldigung der Volksrepublik in Bezug auf Provokationen zu verhindern. Der Versuch der Vertretung der LVR im GZKK, den Koordinationsmechanismus zur operativen Herstellung von Ruhe einzusetzen, wurde ein weiteres Mal von der ukrainischen Seite im GZKK ignoriert. ...

de.rt.com: Kremlsprecher Peskow zur Aussetzung des Petersburger Dialogs: "Wir bedauern diese Entscheidung sehr"

Russland hat mit Bedauern auf die Entscheidung der deutschen Seite reagiert, die bilaterale Arbeit des Petersburger Dialogs bis auf weiteres auszusetzen. Dmitri Peskow nannte das russisch-deutsche Forum einen der wenigen offenen Dialogkanäle zwischen Moskau und Berlin.

Dmitri Peskow hat am Mittwoch die Entscheidung der deutschen Seite bedauert, alle bilateralen Sitzungen des Petersburger Dialogs bis auf weiteres auszusetzen. Der Pressesprecher des russischen Präsidenten brachte zugleich seine Hoffnung zum Ausdruck, dass Wiktor Subkow, der russische Vorsitzende des Lenkungsausschusses des zivilgesellschaftlichen Forums, dennoch weiterhin in Kontakt mit den deutschen Kollegen sein werde, um dieses Thema zu diskutieren.

"Das ist einer der wenigen offenen Dialogkanäle zwischen unseren Ländern. Wir schätzen ihn sehr. Wir sind nach wie vor für eine Zusammenarbeit und eine Zusammenwirkung offen und wollen diese Zusammenarbeit."

Im Mai 2021 hatte die Staatsanwaltschaft der Russischen Föderation drei deutsche NGO und gleichzeitig Teilnehmer des Petersburger Dialogs als "unerwünschte Organisationen" eingestuft. Die Behörde begründete den Schritt damit, dass die Tätigkeit dieser NGO eine Gefahr für die Sicherheit und die Verfassungsordnung im Land darstelle. Peskow zufolge ließe sich die Arbeit des Forums auch trotz der Entscheidung der russischen Behörde fortsetzen. Er erklärte:

"Insgesamt sind an dem Dialog ungefähr 20 Organisationen beteiligt. Deswegen kann die Einstufung dreier davon als unerwünscht die Arbeit des Petersburger Dialogs de facto kaum blockieren."

Nachdem das Zentrum für die Liberale Moderne GmbH, der Deutsch-Russische Austausch e.V. und das Forum Russischsprachiger Europäer e.V. in Russland als "unerwünschte Organisationen" eingestuft worden waren, hatte Ronald Pofalla, der deutsche Vorsitzende des Lenkungsausschusses, am 27. Juli erklärt, dass die deutsche Seite nicht hinnehmen könne, dass einige Mitgliederorganisationen in Russland ihre Arbeit nicht verrichten könnten. Die diesjährige Hauptveranstaltung am 14. und 15. Oktober in Kaliningrad solle nur stattfinden, wenn alle Organisationen ungehindert daran teilnehmen könnten.

Der Petersburger Dialog besteht seit dem Jahr 2001. Das Forum wird von politischen und privaten Stiftungen, Unternehmen und den Regierungen in Moskau und Berlin unterstützt. Zu den Jahrestagungen des Petersburger Dialogs werden auf deutscher und russischer Seite jeweils ungefähr 100 Teilnehmer aus allen gesellschaftlichen Bereichen eingeladen. Die Schirmherren der Veranstaltung sind der jeweils amtierende deutsche Bundeskanzler und der jeweils amtierende russische Staatschef.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.07/article/61015bd948fbef5a4f28e810.jpg>

abends:

de.rt.com: Umfrage: 41 Prozent der Ukrainer bejahen die historische Einheit von Ukrainern und Russen

Vor allem junge Ukrainer sind der Meinung, dass sie demselben historischen und geistigen Raum angehören wie die Russen. Das ergab eine Umfrage des Instituts Rejting, das eine entsprechende Aussage des russischen Präsidenten Wladimir Putin aufgegriffen hatte. 41 Prozent der Ukrainer haben in einer Umfrage der Aussage des russischen Präsidenten Wladimir Putin zugestimmt, dass "Russen und Ukrainer ein Volk sind, das demselben historischen und geistigen Raum angehört". Zu diesem Ergebnis kommt laut Medienberichten das ukrainische soziologische Institut Rejting. Dagegen lehnten 55 Prozent der Befragten die Aussage ab. Die Antworten unterschieden sich in den Landesteilen deutlich.

Die Ergebnisse der Umfrage wurden nach Wohnort, Alter sowie religiöser und politischer Zugehörigkeit aufgeschlüsselt. Auffallend ist, dass unter der Jugend die Zustimmung zu Putins Aussage höher war. Unter den Regionen sind die Unterschiede weiterhin groß. Neu ist der Zusammenhang zwischen Konfession und Politik, den die Umfrage aufzeigte, der aber bei Berichten über die Ukraine in der Regel unerwähnt bleibt.

Region, Konfession, Alter

Im Osten der Ukraine stimmten mit 65 Prozent am häufigsten Menschen Putins Aussage zu, gefolgt vom Süden mit 56 Prozent. In der Zentralukraine fanden sich nur 36 Prozent Befürworter. Im ukrainischen "Kernland" im Westen gab es nur 22 Prozent, die zustimmten. Unter den Zustimmenden gaben 66 Prozent an, der Ukrainisch-orthodoxen Kirche des Moskauer Patriarchats anzugehören. Einfache Gläubige, die sich keiner besonderen Konfession zuordneten, waren mit 55 Prozent vertreten, Atheisten mit 43 Prozent, unter den Angehörigen der Orthodoxen Kirche der Ukraine waren es 33 Prozent. Mit nur 10 Prozent gefiel die Aussage Putins den griechisch-katholischen Ukrainern am wenigsten. Ihre Kirche ist dem Papst unterstellt. Bezüglich der Konfession fällt auf, dass es keine Angaben zum Umfrageergebnis unter Moslems gibt.

Für eine Überraschung sorgte, dass die ukrainische Jugend leicht über dem Durchschnitt der

Umfrage lag. So stimmten 44 Prozent der Ukrainer zwischen 18 und 29 Jahren Putins Aussage zu. Das Ergebnis der übrigen Bevölkerung schwankte zwischen 39 Prozent und 42 Prozent.

Parteien

Unter den ukrainischen Parteien herrschen laut der Umfrage noch größere Unterschiede vor als bei den Konfessionen. So stimmten 86 Prozent unter den Wählern der russlandfreundlichen Partei "Oppositionsplattform – Für das Leben", die mit 13 Prozent im ukrainischen Parlament vertreten ist, Putins Aussage zu. Wähler der Partei des amtierenden ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij, "Diener des Volkes", stimmten zu 35 Prozent Putin zu.

Mit 12 Prozent bzw. 10 Prozent erhielt der russische Präsident von den Wählern der Parteien "Freiheit" und "Europäische Solidarität" am wenigsten Zustimmung. Bei "Freiheit" handelt es sich um eine rechtsradikale Partei, die in der Tradition des ukrainischen Nationalismus steht. "Europäische Solidarität" ist die Partei des ehemaligen Präsidenten Petr Poroschenko.

Deutsche Medien werfen Putin "Ukraine-Doktrin" vor

Eine Umfrage unter deutschen Medienvertretern zur Frage Russlands und Ukraine würde vermutlich weniger divergent ausfallen als bei der jüngsten in der Ukraine. Dies legen zumindest die deutschen Medienberichte zur Aussage Putins nahe. Hinsichtlich seiner historischen Aussagen warfen deutsche Zeitungen dem russischen Präsidenten Unbildung und Faktenverdrehung vor.

Putin wurde sogar vorgeworfen, eine "Ukraine-Doktrin" formuliert zu haben. In der politischen Konsequenz verneine er die Legitimität des ukrainischen Staats und die Existenz der ukrainischen Nation. In der jüngsten Umfrage aber haben die Ukrainer selbst gezeigt, dass sie ihre Identität keineswegs so eindeutig betrachten wie Journalisten in Deutschland.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.07/article/610124a748fbef1b272f1af1.jpg>